

No. 56712*

**Austria
and
Russian Federation**

Agreement between the Government of the Republic of Austria and the Government of the Russian Federation on mutual assistance in the event of natural or technological disasters and cooperation on their prevention (with declaration). Vienna, 24 June 2014

Entry into force: *1 June 2019, in accordance with article 15(2)*

Authentic texts: *German and Russian*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Austria, 1 June 2021*

**No UNTS volume number has yet been determined for this record. The Text(s) reproduced below, if attached, are the authentic texts of the agreement /action attachment as submitted for registration and publication to the Secretariat. For ease of reference they were sequentially paginated. Translations, if attached, are not final and are provided for information only.*

**Autriche
et
Fédération de Russie**

Accord entre le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la Fédération de Russie concernant l'assistance mutuelle en cas de catastrophes naturelles ou technologiques et la coopération aux fins de leur prévention (avec déclaration). Vienne, 24 juin 2014

Entrée en vigueur : *1^{er} juin 2019, conformément au paragraphe 2 de l'article 15*

Textes authentiques : *allemand et russe*

Enregistrement auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies : *Autriche, 1^{er} juin 2021*

**Aucun numéro de volume n'a encore été attribué à ce dossier. Les textes disponibles qui sont reproduits ci-dessous sont les textes originaux de l'accord ou de l'action tels que soumis pour enregistrement. Par souci de clarté, leurs pages ont été numérotées. Les traductions qui accompagnent ces textes ne sont pas définitives et sont fournies uniquement à titre d'information.*

[GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND]

**ABKOMMEN
ZWISCHEN DER REGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH
UND DER REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖDERATION
ÜBER DIE GEGENSEITIGE HILFELEISTUNG
BEI NATURKATASTROPHEN ODER TECHNISCHEN KATASTROPHEN
UND DIE ZUSAMMENARBEIT BEI DEREN PRÄVENTION**

Die Regierung der Republik Österreich
und
Die Regierung der Russischen Föderation

im Folgenden Vertragsparteien genannt,

in dem Bestreben der Verfestigung der traditionell freundschaftlichen Beziehungen der Völker der beiden Staaten,
in der Erkenntnis, dass die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Bekämpfung von Katastrophen zur Entwicklung und Sicherheit der beiden Staaten beiträgt,
überzeugt von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten mit den Zielen, gegenseitige Hilfe bei Naturkatastrophen oder technischen Katastrophen und bei deren Prävention zu leisten,

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1
Gegenstand**

Dieses Abkommen regelt die Modalitäten der freiwilligen Hilfeleistung bei Naturkatastrophen oder technischen Katastrophen auf dem Hoheitsgebiet der Staaten der beiden Vertragsparteien und die Bedingungen der Zusammenarbeit bei deren Prävention.

**Artikel 2
Begriffsbestimmung**

Die in diesem Abkommen verwendeten Begriffe haben die folgende Bedeutung:

- „Naturkatastrophe oder technische Katastrophe“-
ein bereits eingetretener oder unmittelbar drohender außerordentlicher, teilweise oder völlig außer Kontrolle geratener, zeitlich wie räumlich begrenzter Zwischenfall auf dem Hoheitsgebiet des Staates einer der Vertragsparteien, der zu einer Gefahr für menschliches Leben oder Gesundheit, Bedrohung der Umwelt, Gefährdung des Eigentums, bedeutenden wirtschaftlichen Verlusten oder ökologischen Beeinträchtigungen führen kann, und zu dessen Bewältigung die eigenen Kräfte der betroffenen Vertragspartei nicht ausreichen;

- „Hilfeersuchende Vertragspartei“-
diejenige Vertragspartei, welche die andere Vertragspartei um Hilfeleistung ersucht;

- „Hilfeleistende Vertragspartei“-
diejenige Vertragspartei, welche einem Ersuchen der anderen Vertragspartei um Hilfeleistung stattgibt;

- „Hilfeleistung“-
Rettungsmaßnahmen und andere unabdingbare Maßnahmen, die im Falle einer Naturkatastrophe oder technischen Katastrophe durchgeführt werden;
- „Rettungsmaßnahmen“-
Maßnahmen zur Rettung von Menschen, materieller und kultureller Werte sowie zum Schutz der Natur im Gebiet der Naturkatastrophe oder technischen Katastrophe;
- „Ausrüstung“-
Technische Geräte, die Verkehrsmittel und die Such- und Rettungshunde für den Einsatz sowie die Güter für den Eigenbedarf;
- „Hilfsgüter“-
Mittel, die zur unentgeltlichen Abgabe an die betroffene Bevölkerung auf dem Hoheitsgebiet des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei bestimmt sind;
- „Hilfsmannschaften“-
spezialisierte Einheiten mit entsprechender Ausrüstung und Hilfsgütern, welche die hilfeleistende Vertragspartei zur Hilfeleistung bestimmt;
- „Experten“-
Personen, die zur Hilfeleistung mit entsprechender Ausbildung, Ausrüstung und Hilfsgütern eingesetzt werden.

Artikel 3 Zuständige Behörden

(1) Unbeschadet des diplomatischen Weges sind die für die Stellung und Entgegennahme von Hilfeersuchen sowie für die weiteren Formen der in diesem Abkommen vorgesehenen Zusammenarbeit zuständigen Behörden:

- auf der österreichischen Seite:
Der Bundesminister für Inneres der Republik Österreich;
- auf der russischen Seite:
das Ministerium für Zivile Landesverteidigung,
Notfallsituationen und die Beseitigung von
Naturkatastrophenfolgen der Russischen Föderation;

(2) Die zuständigen Behörden sind ermächtigt, bei der Durchführung dieses Abkommens unmittelbar miteinander in Verbindung zu treten und einander über Hilfeersuchen zu informieren.

(3) Die zuständigen Behörden informieren einander auf diplomatischem Weg über die Adressen und Fernmeldeverbindungen ihrer rund um die Uhr erreichbaren Kontaktstellen, an die ein Ersuchen um Hilfeleistung gerichtet werden kann.

(4) Die Vertragsparteien unterrichten einander unverzüglich in schriftlicher Form auf diplomatischem Weg über Änderungen der Bezeichnungen der zuständigen Behörden der Vertragsparteien oder die Festlegung einer anderen zuständigen Behörde.

Artikel 4
Hilfeleistung

- (1) Im Falle einer Naturkatastrophe oder technischen Katastrophe, die sich auf dem Hoheitsgebiet des Staates einer der Vertragsparteien ereignet oder Auswirkungen auf das Hoheitsgebiet des Staates einer Vertragspartei hat, kann sich diese Vertragspartei mit dem Ersuchen um Hilfeleistung an die andere Vertragspartei wenden.
- (2) Die Hilfe kann durch den Einsatz von Hilfsmannschaften, Experten, durch die Sendung von Hilfsgütern oder auf eine andere angefragte Weise erfolgen. Art und Umfang der Hilfeleistung werden zwischen den zuständigen Behörden abgesprochen.
- (3) Das Hilfeersuchen wird in englischer Sprache gestellt.
- (4) In dem Hilfeersuchen sollen Informationen über Art und Dimension der Naturkatastrophe oder technischen Katastrophe, Ort und Zeit, getroffene und beabsichtigte Maßnahmen zur Durchführung der Rettungsmaßnahmen, erhaltene oder angebotene bilaterale und (oder) internationale Hilfe, sowie Informationen über Art und Umfang der notwendigen Hilfe dargelegt werden.
- (5) Die um Hilfeleistung ersuchte Vertragspartei bearbeitet die Anfrage binnen kürzester Frist und informiert die hilfeersuchende Vertragspartei über die Möglichkeit, den Umfang und die Bedingungen der Hilfeleistung.
- (6) Der Transport von Hilfsmannschaften, Experten, Ausrüstung und Hilfsgütern kann auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg erfolgen.
- (7) Die Hilfsmannschaften und Experten beenden ihre Tätigkeit nach Erfüllung der durch die zuständigen Behörden vereinbarten Aufgaben oder auf Verlangen der hilfeersuchenden Vertragspartei. Nach der Beendigung der Hilfeleistung müssen die Hilfsmannschaften und die Experten unverzüglich das Hoheitsgebiet des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei verlassen.

Artikel 5
Verfahren betreffend den Übertritt der Staatsgrenze des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei durch Hilfsmannschaften und Experten und Aufenthaltsordnung für Hilfsmannschaften und Experten auf dem Hoheitsgebiet des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei

- (1) Um eine rasche und effiziente Hilfeleistung zu gewährleisten, ergreift die hilfeersuchende Vertragspartei Maßnahmen, um einen ehestmöglichen Übertritt der Staatsgrenze des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei durch Hilfsmannschaften und Experten im Einklang mit der jeweiligen Rechtsordnung ihres Staates zu ermöglichen.
- (2) Die Mitglieder der Hilfsmannschaften und Experten überschreiten die Staatsgrenze des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei auf von den Vertragsparteien vereinbarten Grenzübertrittsstellen mit gültigen von der

hilfeersuchenden Vertragspartei anerkannten Reisedokumenten, die ihre Person ausweisen.

(3) Die hilfeersuchende Vertragspartei informiert die hilfeleistende Vertragspartei zeitgerecht über die Grenzübertrittsstelle und ermöglicht eine ehestmögliche Ausstellung von Einreisevisa für die Mitglieder der Hilfsmannschaften und die Experten.

(4) Die zuständige Behörde der hilfeleistenden Vertragspartei stellt dem Leiter der Hilfsmannschaft ein Dokument in der Amtssprache der hilfeersuchenden Vertragspartei oder in englischer Sprache aus, das seine Stellung und seine Befugnisse bezeugt.

Das erwähnte Dokument, sowie die Namensliste der Mitglieder der Hilfsmannschaft und der Experten sind der zuständigen Behörde der hilfeersuchenden Vertragspartei auf ihr Verlangen vorzuweisen.

(5) Die Mitglieder einer Hilfsmannschaft und die Experten werden bei ihrer Tätigkeit im Rahmen einer Hilfeleistung auf dem Hoheitsgebiet des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei von der Beschäftigungsbewilligung befreit.

(6) Die Mitglieder einer Hilfsmannschaft und die Experten sind berechtigt, auf dem Hoheitsgebiet des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei Uniform zu tragen, sofern dies zu ihrer üblichen Ausrüstung gehört. Die Mitglieder der Hilfsmannschaft der hilfeleistenden Vertragspartei sind berechtigt, auf dem Hoheitsgebiet des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei an ihren Fahrzeugen ihre eigenen Warnzeichen zu benutzen.

(7) Die Mitglieder einer Hilfsmannschaft und die Experten sind verpflichtet, während des Aufenthaltes auf dem Hoheitsgebiet des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei die Gesetze dieses Staates zu beachten und zu befolgen.

Artikel 6

Übergang von Ausrüstung und Hilfsgütern über die Staatsgrenze des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei

(1) Ausrüstung und Hilfsgüter, welche auf das Hoheitsgebiet des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei eingeführt und aus diesem ausgeführt werden, werden von Zollabgaben, Steuern oder sonstigen Abgaben entsprechend den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der hilfeersuchenden Vertragspartei befreit. Die Zollabfertigung der zur Einfuhr bestimmten Ausrüstung und Hilfsgüter der Hilfsmannschaften erfolgt prioritär. Wenn die Hilfsgüter aufgebraucht wurden, erfolgt die Befreiung von Zollabgaben, Steuern oder sonstigen auf derartige Hilfsgüter angewendeten Abgaben in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der hilfeersuchenden Vertragspartei.

(2) Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat den Grenzkontroll- und (oder) Zollorganen des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei beim Betreten von deren Hoheitsgebiet lediglich ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstung und Hilfsgüter in der Amtssprache des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei oder in englischer Sprache vorzuweisen.

(3) Die Mitglieder einer Hilfsmannschaft und die Experten dürfen außer der Ausrüstung und Hilfsgütern keine anderen Waren mitführen. Waffen und Munition dürfen auf das Hoheitsgebiet des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei nicht mitgeführt werden.

(4) Der Grenzübertritt sowie der Aufenthalt von Such- und Rettungshunden auf dem Hoheitsgebiet des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei richtet sich nach den im Hoheitsgebiet dieses Staates geltenden veterinärbehördlichen Einfuhrbestimmungen.

(5) Die Ausrüstung, inklusive derjenigen, die nicht verbraucht oder beschädigt wird, ist wieder aus dem Hoheitsgebiet des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei auszuführen.

(6) Die Einfuhr von suchtgifthaligen und psychotropen Arzneimitteln auf das Hoheitsgebiet des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei und die Ausfuhr der nicht verbrauchten Mittel aus dem Staat der hilfeersuchenden Vertragspartei erfolgt im Einklang mit der innerstaatlichen Rechtsordnung der hilfeersuchenden Vertragspartei.

(7) Suchtgifte und psychotrope Arzneimittel dürfen nur nach Maßgabe des dringlichen medizinischen Bedarfs mitgeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal der hilfeleistenden Vertragspartei entsprechend den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der hilfeersuchenden Vertragspartei eingesetzt werden. Die verbrauchten suchtgifthaligen und psychotropen Arzneimittel werden der Verbrauchsstatistik des hilfeleistenden Staates zugerechnet.

Artikel 7 Einsätze von Luftfahrzeugen

(1) Mit Einverständnis der hilfeersuchenden Vertragspartei können bei einem Hilfseinsatz Luftfahrzeuge eingesetzt werden. Diese dürfen auf bestätigter Flugroute das Hoheitsgebiet des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei überfliegen und an den vereinbarten Flugplätzen starten und landen. Die Vertragsparteien gestatten, dass in Ausnahmefällen die Luftfahrzeuge auch außerhalb von Flugplätzen starten und landen.

(2) Die Verwendung von Luftfahrzeugen bei einem Hilfseinsatz ist den zuständigen Kontroll- und Organisationsbehörden für die Nutzung des Luftraums der hilfeersuchenden Vertragspartei sowie der in Übereinstimmung mit Artikel 3 Absatz 3 dieses Abkommens bestimmten Kontaktstellen der hilfeersuchenden Vertragspartei unverzüglich unter Berufung auf dieses Abkommen mitzuteilen.

(3) Die Flüge erfolgen im Einklang mit den Bestimmungen der internationalen Zivilluftfahrt und den zivilluftfahrtrechtlichen Verkehrsvorschriften der Staaten der Vertragsparteien.

(4) Die Verwendung von Militärluftfahrzeugen ist nur mit Zustimmung der hilfeersuchenden Vertragspartei zulässig.

Artikel 8
Koordination und Gesamtleitung

(1) Die Koordination und Gesamtleitung der Rettungsmaßnahmen obliegt der zuständigen Behörde der hilfeersuchenden Vertragspartei.

(2) Aufträge der zuständigen Behörde der hilfeersuchenden Vertragspartei an die Hilfsmannschaften der hilfeleistenden Vertragspartei bezüglich der Durchführung der Rettungsmaßnahmen werden an die Leiter von diesen Gruppen gerichtet, welche die Art der Durchführung der Arbeiten gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen.

(3) Die hilfeersuchende Vertragspartei leistet der Hilfsmannschaft und den Experten Schutz vor Anschlägen auf ihr Leben und Eingriffen in ihre Freiheit oder Würde, sowie jegliche benötigte Hilfe bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Rahmen dieses Abkommens.

Artikel 9
Einsatzkosten

(1) Die Hilfeleistung an die hilfeersuchende Vertragspartei erfolgt unentgeltlich, sofern die Vertragsparteien keine anders lautende Vereinbarung getroffen haben. Kosten, die einer Vertragspartei durch Verbrauch, Beschädigung oder Verlust der Ausrüstung entstehen, werden nicht ersetzt.

(2) Die hilfeleistende Vertragspartei versichert im Einklang mit der Rechtsordnung ihres Staates das Leben und die Gesundheit der Mitglieder der Hilfsmannschaften und Experten.

(3) Den Mitgliedern der Hilfsmannschaften und den Experten werden während der Dauer des Einsatzes auf dem Hoheitsgebiet des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei unentgeltlich im Bedarfsfall Dolmetscher, Transportmittel und medizinische Erst- und Schnellversorgung gewährt.

Artikel 10
Schadenersatz

(1) Jede Vertragspartei verzichtet auf alle ihr gegen die andere Vertragspartei oder deren zur Hilfeleistung bestimmten Mitglieder der Hilfsmannschaften oder Experten zustehenden Ansprüche auf Ersatz von:

- (a) Vermögensschäden, die der hilfeersuchenden Vertragspartei von den Mitgliedern der Hilfsmannschaften oder Experten der hilfeleistenden Vertragspartei im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrags zugefügt wurden;
- (b) Vermögensschäden, die der hilfeleistenden Vertragspartei von den Mitgliedern der Hilfsmannschaften oder Experten der hilfeersuchenden Vertragspartei im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrags zugefügt wurden;
- (c) Schäden im Zusammenhang mit einer Gesundheitsschädigung oder mit dem Tod eines Mitglieds einer Hilfsmannschaft oder Experten im Rahmen der Erfüllung seines Auftrages.

Dies gilt nicht, wenn der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurde.

(2) Wird durch ein Mitglied einer Hilfsmannschaft oder Experten der hilfeleistenden Vertragspartei im Zusammenhang mit der Erfüllung seines Auftrages im Hoheitsgebiet des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei einem Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet die hilfeersuchende Vertragspartei für diesen Schaden nach Maßgabe der Rechtsvorschriften, die im Fall eines durch eigene Mitglieder einer Hilfsmannschaft oder Experten verursachten Schadens Anwendung fänden.

(3) Die hilfeersuchende Vertragspartei verzichtet auf das Recht auf Regressanspruch gegen den Staat der hilfeleistenden Vertragspartei oder Mitglieder von Hilfsmannschaften oder Experten. Hat aber ein Mitglied einer Hilfsmannschaft oder Experte der hilfeleistenden Vertragspartei einem Dritten Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig zugefügt, so kann die hilfeersuchende Vertragspartei einen Anspruch auf den Ausgleich der entsprechenden Entschädigungskosten gegen die hilfeleistende Vertragspartei geltend machen.

(4) Die Vertragsparteien arbeiten gemäß ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften eng zusammen, um die Wahrnehmung der Schadenersatzrechte zu erleichtern. Insbesondere tauschen sie alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

Artikel 11 Fernmeldeverbindungen

Die zuständigen Behörden treffen gemeinsam die erforderlichen Maßnahmen, um Fernmeldeverbindungen, darunter auch Funkverbindungen, zwischen diesen Behörden und den Hilfsmannschaften oder Experten, zu gewährleisten.

Artikel 12 Weitere Formen der Zusammenarbeit

(1) Die Vertragsparteien arbeiten nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts zur Vorbeugung und Minderung der Folgen von Naturkatastrophen oder technischen Katastrophen zusammen, indem sie:

- (a) Informationen wissenschaftlich-technischer Art austauschen,
- (b) Expertentreffen,
- (c) Forschungs- und Ausbildungsprogramme,
- (d) Fachkurse und Übungen von Hilfeinsätzen durchführen.

(2) Die Vertragsparteien informieren einander über Entstehungsrisiken von Katastrophen und deren möglichen Folgen, die sich auf das Hoheitsgebiet des Staates der anderen Vertragspartei auswirken können.

(3) Für die Zusammenarbeit im Bereich der Ausbildung sowie für gemeinsame praktische Übungen gemäß Absatz 1 dieses Artikels gelten die Bestimmungen der Art. 5 und 6 dieses Abkommens.

(4) Die durch die Zusammenarbeit im Bereich der Ausbildung anfallenden Kosten werden wie folgt getragen:

- (a) die entsendende Vertragspartei übernimmt die Aufenthalts- und Reisekosten ihrer Teilnehmer sowie Kosten für die Rückholung bei deren Erkrankung oder Todesfall,
- (b) die empfangende Vertragspartei übernimmt die Kosten des Transports, der Ausbildung und der Verpflegung sowie der medizinischen Erst- und Schnellversorgung auf dem Hoheitsgebiet ihres Staates.

Artikel 13
Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung und Auslegung dieses Abkommens, die durch die zuständigen Behörden nicht über Konsultationen oder Verhandlungen beigelegt werden können, werden von den Vertragsparteien auf diplomatischem Weg beigelegt.

Artikel 14
Verhältnis zu anderen völkerrechtlichen Abkommen

Die Rechte und Pflichten, die die Vertragsparteien aus anderen völkerrechtlichen Abkommen haben, werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 15
Schlussbestimmungen

- (1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
- (2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf das Datum folgt, an dem die letzte der beiden schriftlichen Mitteilungen auf diplomatischem Weg eingelangt ist, mit denen die Vertragsparteien einander mitteilen, dass die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind.
- (3) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen durch entsprechende schriftliche Mitteilung an die andere Vertragspartei auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall tritt dieses Abkommen sechs Monate ab dem Datum des Einlangens der Mitteilung außer Kraft.
- (4) Soweit die Vertragsparteien nichts anderes vereinbaren, bleiben bereits begonnene Tätigkeiten aufgrund dieses Abkommens vom Außerkrafttreten unberührt, wenn sie mit dem Tag des Außerkrafttretens noch nicht abgeschlossen sind.

Geschehen zu Wien am 24. Juni 2014 in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und russischer Sprache, wobei beide Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

Für die Regierung der
Republik Österreich:
Mikl-Leitner

Für die Regierung der
Russischen Föderation:
Putschkow

„Erklärung über den territorialen Geltungsbereich von Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Russischen Föderation

Die Republik Österreich verweist auf die Note der Europäischen Union vom 19. September 2014 über den territorialen Anwendungsbereich von Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation und erklärt hiermit, dass im Hinblick auf den territorialen Geltungsbereich von Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Russischen Föderation die Republik Österreich auch weiterhin davon ausgeht, dass das Hoheitsgebiet der Russischen Föderation dem Gebiet entspricht, das im Einklang mit der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen Nr. 68/262 vom 27. März 2014 über die territoriale Unversehrtheit der Ukraine international anerkannt wird.“

[RUSSIAN TEXT – TEXTE RUSSE]

СОГЛАШЕНИЕ
между Правительством Австрийской Республики
и Правительством Российской Федерации
о взаимопомощи в случае катастроф природного или техногенного характера
и сотрудничестве при их предотвращении

Правительство Австрийской Республики и Правительство Российской Федерации, именуемые далее Сторонами,
стремясь к укреплению традиционных дружественных отношений между народами обоих государств,
признавая, что сотрудничество в области борьбы с катастрофами содействует развитию и безопасности обоих государств,
будучи убежденными в необходимости сотрудничества обоих государств в целях оказания взаимопомощи в случае катастроф природного или техногенного характера и при их предотвращении,
согласились о нижеследующем:

Статья 1
Предмет

Настоящее Соглашение регулирует порядок добровольного оказания помощи на территории государств Сторон в случае катастроф природного или техногенного характера и условия сотрудничества при их предотвращении.

Статья 2
Определения

Понятия, используемые в настоящем Соглашении, имеют следующие значения:

«катастрофа природного или техногенного характера» - уже произошедший на территории государства одной из Сторон или непосредственно надвигающийся чрезвычайный, почти или полностью вышедший из-под контроля, ограниченный по времени и в пространстве инцидент, который может стать опасным для жизни или здоровья человека, для окружающей среды, объектов собственности и который может иметь в качестве последствий значительный экономический или экологический ущерб, для устранения которого собственных сил затронутой Стороны недостаточно;

«Сторона, запрашивающая помощь» - Сторона, которая обращается к другой Стороне с просьбой об оказании помощи;

«Сторона, оказывающая помощь» - Сторона, которая удовлетворяет просьбу другой Стороны об оказании помощи;

«оказание помощи» - спасательные и другие неотложные работы, проводимые в случае катастрофы природного или техногенного характера;

«спасательные работы» - мероприятия по спасению людей, материальных и культурных ценностей, защите природной среды в зоне катастрофы природного или техногенного характера;

«снаряжение» - технические приборы, транспортные средства и поисково-спасательные собаки, используемые при оказании помощи, а также имущество для собственного использования;

«материалы помощи» - средства, предназначенные для бесплатного распределения среди пострадавшего населения на территории государства Стороны, запрашивающей помощь;

«группы по оказанию помощи» - предназначенные для оказания помощи специализированные подразделения Стороны, оказывающей помощь, с соответствующим снаряжением и материалами помощи;

«эксперты» - направляемые для оказания помощи лица с соответствующей подготовкой, снаряжением и материалами помощи.

Статья 3 Компетентные органы

1. Помимо дипломатических каналов для направления и принятия запросов об оказании помощи, а также для осуществления других видов сотрудничества, предусмотренных настоящим Соглашением, назначаются следующие компетентные органы:

от Австрийской Стороны – Федеральный министр внутренних дел Австрийской Республики.

от Российской Стороны – Министерство Российской Федерации по делам гражданской обороны, чрезвычайным ситуациям и ликвидации последствий стихийных бедствий;

2. Компетентные органы уполномочены при реализации настоящего Соглашения взаимодействовать непосредственно друг с другом и информировать друг друга о запросах об оказании помощи.

3. Компетентные органы информируют друг друга по дипломатическим каналам об адресах и реквизитах телекоммуникационной связи, контактных подразделениях, доступных в круглосуточном режиме, которым может быть направлен запрос об оказании помощи.

4. Стороны незамедлительно в письменной форме уведомляют друг друга по дипломатическим каналам об изменениях в наименованиях компетентных органов Сторон или о назначении другого компетентного органа.

Статья 4 Оказание помощи

1. В случае катастрофы природного или техногенного характера, произошедшей на территории государства одной из Сторон или имеющей

воздействие на территорию государства Стороны, указанная Сторона может обратиться с запросом об оказании помощи к другой Стороне.

2. Помощь может быть оказана в виде направления групп по оказанию помощи, экспертов, материалов помощи или в иной запрашиваемой форме. Вид и объем помощи согласовываются между компетентными органами.

3. Запрос об оказании помощи составляется на английском языке.

4. Запрос об оказании помощи должен содержать информацию о виде, масштабах, месте и времени произошедшей катастрофы природного или техногенного характера, принятых и предусмотренных мерах по проведению спасательных работ, полученной или предложенной двусторонней и (или) международной помощи, а также информацию о виде и объеме необходимой помощи.

5. Сторона, у которой запрашивается помощь, в кратчайший срок рассматривает запрос и информирует Сторону, запрашивающую помощь, о возможности, об объеме и условиях предоставления помощи.

6. Перевозка групп по оказанию помощи, экспертов, снаряжения и материалов помощи может осуществляться наземным, воздушным или водным транспортом.

7. Группы по оказанию помощи и эксперты прекращают свою деятельность после выполнения согласованных компетентными органами задач или по требованию Стороны, запрашивающей помощь. По окончании оказания помощи группы по оказанию помощи и эксперты обязаны незамедлительно покинуть территорию государства Стороны, запрашивающей помощь.

Статья 5

Порядок пересечения государственной границы государства Стороны, запрашивающей помощь, группами по оказанию помощи и экспертами и режим пребывания групп по оказанию помощи и экспертов на территории государства Стороны, запрашивающей помощь

1. В целях эффективного и оперативного оказания помощи Сторона, запрашивающая помощь, принимает меры для ускорения процедуры пересечения государственной границы государства Стороны, запрашивающей помощь, группами по оказанию помощи и экспертами в соответствии с законодательством своего государства.

2. Члены группы по оказанию помощи и эксперты пересекают государственную границу государства Стороны, запрашивающей помощь, через согласованные между Сторонами пункты пропуска по действительным документам, удостоверяющим их личность и признаваемым Стороной, запрашивающей помощь, для заграничных поездок.

3. Сторона, запрашивающая помощь, своевременно уведомляет Сторону, оказывающую помощь, о пункте пропуска для пересечения государственной

границы и обеспечивает ускоренное оформление въездных виз для членов групп по оказанию помощи и экспертов.

4. Компетентный орган Стороны, оказывающей помощь, выдает руководителю группы по оказанию помощи документ, подтверждающий его статус и полномочия, на официальном языке государства Стороны, запрашивающей помощь, или на английском языке.

Упомянутый документ, а также список членов группы по оказанию помощи и экспертов подлежит предъявлению компетентному органу Стороны, запрашивающей помощь, по его требованию.

5. Члены группы по оказанию помощи и эксперты при осуществлении деятельности в рамках оказания помощи на территории государства Стороны, запрашивающей помощь, освобождаются от необходимости получения разрешения на работу.

6. Члены группы по оказанию помощи и эксперты вправе носить на территории государства Стороны, запрашивающей помощь, форму, если она является составной частью их обычной экипировки. Члены группы по оказанию помощи Стороны, оказывающей помощь, вправе использовать на территории государства Стороны, запрашивающей помощь, собственные предупредительные знаки на своих транспортных средствах.

7. Члены групп по оказанию помощи и эксперты обязаны во время пребывания на территории государства Стороны, запрашивающей помощь, уважать и соблюдать законодательство этого государства.

Статья 6

Перемещение снаряжения и материалов помощи через государственную границу государства Стороны, запрашивающей помощь

1. Снаряжение и материалы помощи, ввозимые на территорию государства Стороны, запрашивающей помощь, и вывозимые с его территории, освобождаются от таможенных пошлин, налогов и сборов в порядке, установленном законодательством государства Стороны, запрашивающей помощь. Таможенное оформление ввозимого группой по оказанию помощи снаряжения и материалов помощи производится в первоочередном порядке. Если материалы помощи были израсходованы, освобождение от уплаты таможенных пошлин, налогов и других платежей в отношении таких материалов помощи осуществляется в соответствии с законодательством государства Стороны, запрашивающей помощь.

2. Руководитель группы по оказанию помощи обязан предъявить органам пограничного и (или) таможенного контроля государства Стороны, запрашивающей помощь, в момент прибытия на его территорию только список ввозимого снаряжения и материалов помощи на официальном языке государства Стороны, запрашивающей помощь, или на английском языке.

3. Члены группы по оказанию помощи и эксперты не вправе ввозить никакие другие товары, кроме снаряжения и материалов помощи. Оружие и боеприпасы не подлежат ввозу на территорию государства Стороны, запрашивающей помощь.

4. Пересечение государственной границы и пребывание поисково-спасательных собак на территории государства Стороны, запрашивающей помощь, осуществляется в соответствии с ветеринарными правилами ввоза, действующими на территории этого государства.

5. Снаряжение, в том числе неиспользованное или поврежденное, подлежит вывозу из государства Стороны, запрашивающей помощь.

6. Ввоз наркотических и психотропных лекарственных препаратов на территорию государства Стороны, запрашивающей помощь, и вывоз неиспользованных препаратов с территории государства Стороны, запрашивающей помощь, осуществляются в соответствии с законодательством государства Стороны, запрашивающей помощь.

7. Наркотические и психотропные лекарственные препараты могут ввозиться исключительно в связи с оказанием экстренной медицинской помощи и применяться квалифицированным медицинским персоналом Стороны, оказывающей помощь, в порядке, установленном законодательством государства Стороны, запрашивающей помощь. Использованные наркотические и психотропные лекарственные препараты относятся к статистике потребления Стороны, оказывающей помощь.

Статья 7

Использование воздушных судов

1. Для оказания помощи по согласованию с Стороной, запрашивающей помощь, могут использоваться воздушные суда. Полеты воздушных судов над территорией государства Стороны, запрашивающей помощь, осуществляются по утвержденному маршруту со взлетами и посадками на согласованных аэродромах. В исключительных случаях Стороны допускают также взлеты и посадки воздушных судов вне аэродромов.

2. Об использовании воздушных судов в рамках оказания помощи необходимо незамедлительно сообщить соответствующим уполномоченным органам по организации и контролю за использованием воздушного пространства государства Стороны, запрашивающей помощь, и контактному подразделению Стороны, запрашивающей помощь, определенному в соответствии с пунктом 3 статьи 3 настоящего Соглашения, со ссылкой на настоящее Соглашение.

3. Полеты осуществляются в соответствии с правилами международной гражданской авиации, а также законодательством государств Сторон в сфере гражданской авиации.

4. Использование военных воздушных судов допустимо только с разрешения государства Стороны, запрашивающей помощь.

Статья 8
Координация и общее руководство

1. Координацию и общее руководство спасательными работами осуществляет компетентный орган Стороны, запрашивающей помощь.

2. Поручения компетентного органа Стороны, запрашивающей помощь, группам по оказанию помощи Стороны, оказывающей помощь, о проведении спасательных работ передаются через руководителей этих групп, которые определяют способ выполнения работ членами группы.

3. Сторона, запрашивающая помощь, обеспечивает группе по оказанию помощи и экспертам защиту от посягательств на их личность, свободу или достоинство и оказывает им всю необходимую поддержку при исполнении ими своих обязанностей в рамках настоящего Соглашения.

Статья 9
Расходы по оказанию помощи

1. Помощь Стороне, запрашивающей помощь, оказывается безвозмездно, если Стороны не договорились об ином. Расходы, возникшие в связи с потреблением, повреждением или утратой снаряжения, не возмещаются.

2. Сторона, оказывающая помощь, в соответствии с законодательством своего государства обеспечивает страхование жизни и здоровья членов группы по оказанию помощи и экспертов.

3. Членам групп по оказанию помощи и экспертам в процессе оказания помощи на территории государства Стороны, запрашивающей помощь, бесплатно оказываются при необходимости услуги переводчиков, предоставляются транспортные средства, первая помощь и скорая медицинская помощь.

Статья 10
Возмещение вреда

1. За исключением случаев, когда вред был причинен преднамеренно или в результате грубой неосторожности, каждая из Сторон отказывается от всех имеющихся у нее требований по отношению к другой Стороне или по отношению к членам групп по оказанию помощи или экспертам на возмещение:

а) материального вреда, причиненного Стороне, запрашивающей помощь, членами групп по оказанию помощи или экспертами Стороны, оказывающей помощь, в связи с выполнением задания,

б) материального вреда, причиненного Стороне, оказывающей помощь, членами группы по оказанию помощи или экспертами Стороны, запрашивающей помощь, в связи с выполнением задания,

в) вреда, причиненного здоровью члена группы по оказанию помощи или эксперта или в случае их гибели в связи с выполнением задания.

2. Если член группы по оказанию помощи или эксперт Стороны, оказывающей помощь, причинит вред третьему лицу в связи с осуществлением деятельности по оказанию помощи на территории государства Стороны, запрашивающей помощь, то Сторона, запрашивающая помощь, возмещает ущерб, возникший вследствие причинения такого вреда, в соответствии с законодательством своего государства, применимым в случае причинения вреда ее членом группы по оказанию помощи или экспертом.

3. Сторона, запрашивающая помощь, отказывается от права на выдвижение регрессного требования о возмещении ущерба в отношении государства Стороны, оказывающей помощь, или членов групп по оказанию помощи или экспертов. Если член группы по оказанию помощи или эксперт Стороны, оказывающей помощь, преднамеренно или в результате грубой неосторожности причинит вред третьему лицу, то Сторона, запрашивающая помощь, вправе предъявить требование к Стороне, оказывающей помощь, о компенсации соответствующих затрат на возмещение ущерба.

4. Стороны осуществляют тесное сотрудничество в соответствии с законодательством своих государств в целях облегчения реализации прав на возмещение вреда. В частности, они обмениваются всей доступной им информацией о случаях причинения вреда, перечисленных в настоящей статье.

Статья 11

Телекоммуникационная связь

Компетентные органы совместно принимают необходимые меры по обеспечению телекоммуникационной связи, в том числе радиосвязи между этими органами и группами по оказанию помощи или экспертами.

Статья 12

Другие формы сотрудничества

1. Стороны в целях предотвращения и уменьшения последствий катастроф природного или техногенного характера осуществляют сотрудничество в соответствии с законодательством своих государств в форме:

- а) обмена информацией научно-технического характера;
- б) экспертных встреч;
- в) выполнения научно-исследовательских и образовательных программ;
- г) проведения специальных курсов и учений по оказанию помощи.

2. Стороны информируют друг друга о рисках возникновения катастроф и их возможных последствиях, которые могут оказать влияние на территорию государства другой Стороны.

3. К сотрудничеству в сфере обучения и совместных практических учений, предусмотренному пунктом 1 настоящей статьи, применяются положения статей 5 и 6 настоящего Соглашения.

4. Расходы в связи с сотрудничеством в сфере обучения распределяются следующим образом:

а) направляющая Сторона оплачивает расходы по проживанию, а также транспортные расходы своих участников, в том числе в случае их заболевания или смерти;

б) принимающая Сторона оплачивает расходы на обучение, транспортировку на территории своего государства, питание, а также на оказание первой помощи и скорой медицинской помощи.

Статья 13

Урегулирование разногласий

Разногласия в отношении применения и толкования настоящего Соглашения, которые не могут быть урегулированы путем консультаций и переговоров между компетентными органами, подлежат урегулированию Сторонами по дипломатическим каналам.

Статья 14

Отношение к другим международным договорам

Настоящее Соглашение не затрагивает прав и обязательств Сторон по другим международным договорам, участниками которых являются их государства.

Статья 15

Заключительные положения

1. Настоящее Соглашение заключается на неопределенный срок.

2. Настоящее Соглашение вступает в силу в первый день третьего месяца с даты получения по дипломатическим каналам последнего письменного уведомления о выполнении Сторонами внутригосударственных процедур, необходимых для вступления настоящего Соглашения в силу.

3. Каждая из Сторон может прекратить действие настоящего Соглашения путем направления по дипломатическим каналам другой Стороне соответствующего письменного уведомления. В этом случае настоящее Соглашение прекращает свое действие через шесть месяцев с даты получения уведомления.

4. Если Стороны не договорятся об ином, прекращение действия настоящего Соглашения не затрагивает начатую в соответствии с ним, но не завершённую к дате его прекращения деятельность.

Совершено в г. Вене «24» июня 2014 г
в двух экземплярах, каждый на немецком и русском языках, причем оба текста
имеют одинаковую силу.

За Правительство
Австрийской Республики
Микль-Ляйтнер

За Правительство
Российской Федерации
Пучков

„Декларация о территориальной сфере применения Соглашений между Австрийской Республикой и Российской Федерацией

Австрийская Республика ссылается на ноту Европейского Союза от 19 сентября 2014 г. о территориальной сфере применения Соглашений между Европейским Союзом и Российской Федерацией и настоящим сообщает, что в отношении территориальной сферы применения Соглашений между Австрийской Республикой и Российской Федерацией, Австрийская Республика и дальше исходит из того, что суверенная территория Российской Федерации соответствует территории, которая международно признана в соответствии с Резолюцией Генеральной Ассамблеи Организации Объединенных Наций № 68/262 от 27 марта 2014 г. о территориальной целостности Украины.“

Vienna, 8 May 2019

For the Federal Minister for Europe, Integration and Foreign Affairs:



Helmut TICHY
Ambassador
Legal Adviser

[TRANSLATION – TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA
AND THE GOVERNMENT OF THE RUSSIAN FEDERATION ON MUTUAL
ASSISTANCE IN THE EVENT OF NATURAL OR TECHNOLOGICAL
DISASTERS AND COOPERATION ON THEIR PREVENTION

The Government of the Republic of Austria and the Government of the Russian Federation, hereinafter referred to as the “Parties”,

Seeking to strengthen the traditionally friendly relations between the peoples of both States,

Recognizing that disaster response cooperation promotes the development and security of both States,

Convinced that cooperation between the two States is necessary in order to provide mutual assistance in the event of natural or technological disasters and to prevent them,

Have agreed as follows:

Article 1. Subject matter

This Agreement shall regulate the provision of voluntary assistance in the territories of the States Parties in the event of natural or technological disasters and also cooperation in the prevention of such disasters.

Article 2. Definitions

The terms used in this Agreement shall have the following meanings:

- “Natural or technological disaster” means a time-bounded, localized emergency situation that has already occurred or is imminent in the territory of one of the States Parties, that is nearly or entirely out of control, and that could pose a threat to human life, health, the environment or property and could cause significant economic and environmental damages that cannot be mitigated by the efforts of the affected Party alone;

- “Requesting Party” means a Party that requests assistance from the other Party;

- “Assisting Party” means a Party that responds to the request for assistance of the other Party;

- “Provision of assistance” means rescue and other emergency operations carried out in the event of a natural or technological disasters;

- “Rescue operations” means measures aimed at saving people, material and cultural property, and protecting the natural environment in the area of the natural or technological disaster;

- “Equipment” means technical devices, vehicles and rescue dogs used in providing assistance as well as personal effects;

- “Relief supplies” means material items intended for free distribution to the affected population in the territory of the State of the Requesting Party;

- “Relief teams” means units specially established by the Assisting Party to render assistance and outfitted with the appropriate equipment and relief supplies;
- “Experts” means personnel with appropriate training, equipment and relief supplies who are dispatched to render assistance.

Article 3. Competent authorities

1. In addition to the diplomatic channel, requests for assistance, and for other forms of cooperation as envisaged in this Agreement, shall be conveyed and received through the following competent authorities:

For the Republic of Austria, the competent authority shall be the Federal Minister of the Interior of the Republic of Austria.

For the Russian Federation, the competent authority shall be the Ministry of the Russian Federation for Civil Defence, Emergencies and Elimination of Consequences of Natural Disasters.

2. The competent authorities shall be authorized, as part of implementing this Agreement, to engage directly with each other and to inform each other of requests for assistance.

3. The competent authorities shall convey to each other, through the diplomatic channel, the addresses and telecommunications contact information for points of contact that are available round-the-clock to receive requests for assistance.

4. The Parties shall notify each other in writing without delay through the diplomatic channel of changes to the names of their competent authorities or when a new competent authority is designated.

Article 4. Provision of assistance

1. In the event of a natural or technological disaster occurring in the territory of one of the States Parties or having an effect on the territory of one of the States Parties, the affected Party may request assistance from the other Party.

2. Assistance may involve the dispatching of relief teams, experts or relief supplies or assistance in another form, as requested. The type and scope of assistance shall be agreed by the competent authorities.

3. The request for assistance shall be prepared in the English language.

4. The request for assistance shall contain information on the type, dimensions, location and time of the natural or technological disaster; any measures already taken or envisaged relating to rescue operations; any bilateral and (or) international assistance already provided or offered; and information on the type and scope of assistance needed.

5. The Party receiving the request for assistance shall review it as soon as possible and inform the Requesting Party whether it is able to provide assistance and the scope and terms thereof.

6. Relief teams, experts, equipment and relief supplies may be transported by land, air or sea.

7. Relief teams and experts shall cease their activities as soon as the tasks agreed upon by the competent authorities have been completed or as directed by the Requesting Party. Upon

completing the provision of assistance, the relief teams and experts shall leave the territory of the State of the Requesting Party without delay.

Article 5. Procedure for crossing the State border of the State of the Requesting Party by relief teams and experts, and the conditions of stay by the relief teams and experts in the territory of the State of the Requesting Party.

1. To ensure the effective and expeditious provision of assistance, the Requesting Party shall take measures to expedite the procedure for crossing the State border of the State of the Requesting Party by relief teams and experts in accordance with its national law.

2. Relief team members and experts shall cross the State border of the State of the Requesting Party at border crossings agreed by the Parties on the basis of valid identification documents that are recognized by the Requesting Party for travel abroad.

3. The Requesting Party shall notify the Assisting Party in a timely manner of the border crossing point to be used to cross its State border and shall expedite the processing of entry visas for the members of the relief teams and the experts.

4. The competent authority of the Assisting Party shall issue a document to the head of the relief team confirming that individual's status and mandate in the official language of the State of the Requesting Party or in English.

This document, together with a list of the members of the relief team and the experts, shall be submitted to the competent authority of the Requesting Party upon request.

5. The members of the relief team and the experts shall be exempt from the requirement to obtain work permits while engaged in relief operations in the territory of the State of the Requesting Party.

6. The members of the relief team and the experts shall have the right to wear uniforms in the territory of the State of the Requesting Party, provided that such uniforms are an element of their standard equipment. The members of the relief team of the Assisting Party shall have the right to use their own caution signs on their vehicles while in the territory of the State of the Requesting Party.

7. The members of assistance teams and the experts shall, while in the territory of the State of the Requesting Party, respect and comply with the laws of that State.

Article 6. Movement of equipment and relief supplies across the State border of the State of the Requesting Party.

1. Any equipment and relief supplies imported into the territory of the State of the Requesting Party or exported from its territory shall be exempt from customs duties, taxes and charges in accordance with the law of the State of the Requesting Party. Customs clearance of equipment and relief supplies brought by the relief team shall be conducted as a matter of priority. If the relief supplies have been fully expended, exemption from customs duties, taxes and other payments in respect of such relief supplies shall be granted in accordance with the law of the State of the Requesting Party.

2. Upon arrival in the territory of the State of the Requesting Party, the head of the relief team shall only be required to present to that State's border and/or customs authorities a list, in the

official language of the State of the Requesting Party or in English, setting out the equipment and relief supplies being imported.

3. The members of the relief team and the experts shall not have the right to import any goods other than equipment and relief supplies. Weapons and ammunition may not be imported into the territory of the State of the Requesting Party.

4. Search and rescue dogs may be brought across the State border and kept in the territory of the State of the Requesting Party subject to the veterinary import regulations in force in the territory of that State.

5. Any equipment, including unused or damaged equipment, shall be removed from the territory of the State of the Requesting Party.

6. The import of narcotic and psychotropic medication into the territory of the State of the Requesting Party and the export of unused medication from the territory of the State of the Requesting Party shall be carried out in accordance with the laws of the State of the Requesting Party.

7. Narcotic and psychotropic medication may be imported only in connection with the provision of emergency medical assistance and shall be used by qualified medical personnel of the Assisting Party in accordance with the procedures established by law in the State of the Requesting Party. Any narcotic and psychotropic medication used shall be included in the rates of use statistics of the Assisting Party.

Article 7. Use of aircraft

1. Aircraft may be used to provide assistance as agreed with the Requesting Party. Flights by aircraft over the territory of the State of the Requesting Party shall be carried out along an approved route with takeoffs and landings at agreed airfields. In exceptional cases, the Parties shall also allow takeoffs and landings of aircraft outside airfields.

2. The use of aircraft in the provision of assistance shall be reported immediately to the relevant competent authorities responsible for organizing and monitoring the use of the airspace of the State of the Requesting Party and to the focal point of the Requesting Party, as defined in accordance with article 3, paragraph 3, of this Agreement, with reference to this Agreement.

3. Flights shall be operated in accordance with the rules of international civil aviation and the laws of the States Parties in the field of civil aviation.

4. The use of military aircraft shall only be authorized with the permission of the State of the Requesting Party.

Article 8. Coordination and general oversight

1. The coordination and general oversight of rescue operations shall be assumed by the competent authority of the Requesting Party.

2. Instructions issued by the competent authority of the Requesting Party to the relief teams of the Assisting Party concerning rescue operations shall be transmitted through the heads of such teams, who shall determine the manner in which the work is to be carried out by the team members.

3. The Requesting Party shall provide protection to the relief team and to the experts against attacks on their person, freedom or dignity and shall provide them with all necessary support in the performance of their duties under this Agreement.

Article 9. Costs associated with the provision of assistance

1. Assistance shall be provided to the Requesting Party free of charge, unless otherwise agreed by the Parties. Any costs incurred in connection with the use, damage or loss of equipment shall not be indemnified.

2. The Assisting Party shall provide life and health insurance for the members of the relief team and the experts in accordance with its national laws.

3. The members of the relief teams and the experts engaged in the provision of assistance in the territory of the State of the Requesting Party shall be provided with free interpretation services, means of transportation, first aid and emergency medical services, as needed.

Article 10. Reparation for damages

1. Except where the damage was caused intentionally or as a result of gross negligence, each Party shall waive all claims it may have against the other Party or against the members of the relief teams or the experts for indemnification of:

(a) Material damage caused to the Requesting Party by the members of the relief teams or by the experts of the Assisting Party while on assignment;

(b) Material damage to the Assisting Party by the members of the relief team or the experts of the Requesting Party while on assignment;

(c) Damage to the health of a member of the relief team or an expert or in the event of their death in connection with the assignment.

2. If a member of the relief team or an expert of the Assisting Party causes damage to a third party while carrying out activities relating to the provision of assistance in the territory of the State of the Requesting Party, the Requesting Party shall indemnify the damage resulting from such harm in accordance with national laws applicable to the case of damage caused by a member of the relief team or an expert.

3. The Requesting Party hereby waives the right to present a retroactive claim for indemnification to the Assisting Party State or to the members of the relief teams or to the experts. If a member of the relief team or an expert of the Assisting Party intentionally or through gross negligence causes damage to a third party, the Requesting Party shall have the right to present a claim to the Assisting Party for indemnification for the relevant costs.

4. The Parties shall cooperate closely in accordance with the respective laws of their States for the purpose of facilitating the exercise of their rights to indemnification. In particular, they shall share all information available to them concerning any cases where damage was caused in the manner described in this article.

Article 11. Telecommunications links

The competent authorities shall jointly take the necessary measures to establish telecommunications links, including radio communications, between these authorities and the relief teams or experts.

Article 12. Other forms of cooperation

1. The Parties shall engage in the following forms of cooperation aimed at preventing and reducing the consequences of natural or technological disasters in accordance with the national law of their States:

- (a) Technical information sharing;
- (b) Meetings of experts;
- (c) Implementation of research and educational programmes;
- (d) Holding special courses and exercises on the provision of assistance.

2. The Parties shall inform each other of disaster risks and possible consequences that may affect the territory of the other State Party.

3. The provisions of articles 5 and 6 of this Agreement shall apply to cooperation in the field of training and joint practical exercises provided for in paragraph 1 of this article.

4. The costs of cooperation in the field of training shall be shared as follows:

- (a) The sending Party shall pay all accommodation and transportation expenses for its participants, including in the event of their illness or death;
- (b) The host Party shall pay the costs of training, transportation within its territory, food, first aid and emergency medical care.

Article 13. Settlement of differences

Difference relating to the implementation and interpretation of this Agreement that cannot be resolved through consultations and negotiations between the competent authorities shall be settled by the Parties through the diplomatic channel.

Article 14. Relation to other international agreements

This Agreement shall not affect the rights and obligations of the Parties arising from other international treaties to which their States are parties.

Article 15. Final provisions

1. This Agreement is hereby concluded for an indefinite period.

2. This Agreement shall enter into force on the first date of the third month after receipt through the diplomatic channel of written notification of completion by the Parties of their respective domestic procedures necessary for the entry of this Agreement into force.

3. Either Party may terminate this Agreement by giving written notice through the diplomatic channel to the other Party. In such case this Agreement shall cease to have effect six months after receipt of the notification.

4. Unless otherwise agreed by the Parties, the termination of this Agreement shall not affect the activities started under it but not yet completed by the date on which it shall cease to have effect.

DONE at Vienna on 24 June 2014 in two copies, each in the German and Russian languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the Republic of Austria:

JOHANNA MIKL-LEITNER

For the Government of the Russian Federation:

VLADIMIR PUCHKOV

Declaration¹ on the territorial scope of Agreements between the Republic of Austria and the Russian Federation

The Republic of Austria refers to the note of the European Union of 19 September 2014 on the territorial scope of Agreements between the European Union and the Russian Federation and herewith declares that with regard to the territorial scope of Agreements between the Republic of Austria and the Russian Federation the Republic of Austria continues to consider the territory of the Russian Federation to correspond to the territory as recognized internationally in accordance with Resolution of the General Assembly of the United Nations No. 68/262 of 27 March 2014 on the territorial integrity of Ukraine.

[TRANSLATION – TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE D’AUTRICHE ET
LE GOUVERNEMENT DE LA FÉDÉRATION DE RUSSIE SUR L’ASSISTANCE
MUTUELLE EN CAS DE CATASTROPHES NATURELLES OU
TECHNOLOGIQUES ET LA COOPÉRATION EN MATIÈRE DE PRÉVENTION
DE CELLES-CI

Le Gouvernement de la République d’Autriche et le Gouvernement de la Fédération de Russie, ci-après dénommés « les Parties »,

Désireux de renforcer et de développer les relations amicales qui existent entre les peuples des deux États,

Reconnaissant que la coopération en matière de secours en cas de catastrophe favorise le développement et la sécurité des deux États,

Convaincus que la coopération entre les deux États est nécessaire pour se porter mutuellement assistance en cas de catastrophes naturelles ou technologiques et pour prévenir celles-ci,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier. Objet

Le présent Accord régit la fourniture d’une assistance volontaire sur les territoires des États parties en cas de catastrophes naturelles ou technologiques, ainsi que la coopération en matière de prévention de telles catastrophes.

Article 2. Définitions

Les termes utilisés dans le présent Accord ont la signification suivante :

- on entend par « catastrophe naturelle ou technologique » une situation d’urgence localisée, limitée dans le temps, qui s’est produite ou est imminente sur le territoire de l’un des États parties, qui est presque ou entièrement hors de contrôle, et qui pourrait constituer une menace pour la vie humaine, la santé, l’environnement ou les biens et pourrait causer des dommages économiques et environnementaux importants qui ne peuvent être atténués par les seuls efforts de la Partie touchée ;

- on entend par « Partie requérante » une Partie qui demande l’assistance de l’autre Partie ;

- on entend par « Partie qui fournit l’assistance » une Partie qui répond à la demande d’assistance de l’autre Partie ;

- on entend par « fourniture de l’assistance » les opérations de sauvetage et autres opérations d’urgence menées en cas de catastrophe naturelle ou technologique ;

- on entend par « opérations de sauvetage » les mesures visant à sauver les personnes, les biens matériels et culturels, et à protéger l’environnement naturel dans la zone de la catastrophe naturelle ou technologique ;

- on entend par « matériel » les dispositifs techniques, les véhicules et les chiens de sauvetage utilisés pour porter assistance ainsi que les effets personnels ;

- on entend par « fournitures de secours » les articles matériels destinés à être distribués gratuitement à la population touchée sur le territoire de l'État partie requérant ;
- on entend par « équipes de secours » les unités spécialement mises en place par la Partie qui fournit l'assistance pour porter assistance et dotées du matériel et des fournitures de secours appropriés ;
- on entend par « experts » le personnel disposant d'une formation, d'un matériel et de fournitures de secours appropriés, qui est envoyé pour porter assistance.

Article 3. Autorités compétentes

1. Outre la voie diplomatique, les demandes d'assistance et les autres formes de coopération envisagées dans le présent Accord sont transmises et reçues par les autorités compétentes suivantes :

Pour la République d'Autriche, l'autorité compétente est le Ministre fédéral de l'intérieur de la République d'Autriche.

Pour la Fédération de Russie, l'autorité compétente est le Ministère de la Fédération de Russie pour la défense civile, les situations d'urgence et l'élimination des conséquences des catastrophes naturelles.

2. Les autorités compétentes sont autorisées, dans le cadre de la mise en œuvre du présent Accord, à dialoguer directement entre elles et à s'informer mutuellement des demandes d'assistance.

3. Les autorités compétentes se transmettent, par la voie diplomatique, les adresses et les coordonnées de télécommunications des points de contact disponibles 24 heures sur 24 pour recevoir les demandes d'assistance.

4. Les Parties se notifient par écrit et sans délai, par la voie diplomatique, les changements de noms de leurs autorités compétentes ou la désignation d'une nouvelle autorité compétente.

Article 4. Fourniture de l'assistance

1. En cas de catastrophe naturelle ou technologique survenant sur le territoire de l'un des États parties ou ayant un effet sur le territoire de l'un des États parties, la Partie touchée peut demander l'assistance de l'autre Partie.

2. L'assistance peut consister en l'envoi d'équipes de secours, d'experts ou de fournitures de secours ou en une autre forme d'assistance, selon la demande. Le type et la portée de l'assistance sont convenus par les autorités compétentes.

3. La demande d'assistance est rédigée en langue anglaise.

4. La demande d'assistance doit contenir des informations sur la nature, l'ampleur, la localisation et le moment de la catastrophe naturelle ou technologique ; toute mesure déjà prise ou envisagée concernant les opérations de sauvetage ; toute aide bilatérale et (ou) internationale déjà fournie ou offerte ; et des informations sur le type et l'ampleur de l'assistance nécessaire.

5. La Partie qui reçoit la demande d'assistance l'examine dans les meilleurs délais et fait savoir à la Partie requérante si elle est en mesure de fournir une assistance, ainsi que la portée et les conditions de celle-ci.

6. Les équipes de secours et les experts dotés de leur matériel et fournitures d'assistance peuvent être transportés par voie terrestre, aérienne ou maritime.

7. Les équipes de secours et les experts cessent leurs activités dès que les tâches convenues par les autorités compétentes sont achevées ou selon les instructions de la Partie requérante. Une fois l'assistance fournie, les équipes de secours et les experts quittent sans délai le territoire de l'État partie requérant.

Article 5. Procédure de passage de la frontière de l'État partie requérant par les équipes de secours et experts, et conditions de séjour des équipes de secours et experts sur le territoire de l'État partie requérant.

1. Pour assurer la fourniture efficace et rapide de l'assistance, la Partie requérante prend des mesures pour accélérer la procédure de passage de la frontière de l'État de la Partie requérante par les équipes de secours et les experts, conformément à son droit interne.

2. Les membres de l'équipe de secours et les experts franchissent la frontière de l'État partie requérant aux points de passage frontaliers convenus par les Parties, sur la base de documents d'identification valides et reconnus par la Partie requérante pour voyager à l'étranger.

3. La Partie requérante notifie en temps utile à la Partie qui fournit l'assistance le point de passage frontalier à utiliser pour traverser la frontière de son État et accélère le traitement des visas d'entrée pour les membres des équipes de secours et les experts.

4. L'autorité compétente de la Partie qui fournit l'assistance délivre au chef de l'équipe de secours un document confirmant le statut et le mandat de cette personne dans la langue officielle de l'État partie requérant ou en anglais.

Ce document et la liste des membres de l'équipe de secours et des experts sont soumis à l'autorité compétente de la Partie requérante sur demande.

5. Les membres de l'équipe de secours et les experts sont dispensés de l'obligation d'obtenir un permis de travail lorsqu'ils participent aux opérations de secours sur le territoire de l'État partie requérant.

6. Les membres de l'équipe de secours et les experts ont le droit de porter des uniformes sur le territoire de l'État partie requérant, à condition que ces uniformes fassent partie de leur matériel standard. Les membres de l'équipe de secours de la Partie qui fournit l'assistance ont le droit d'utiliser leurs propres panneaux avertisseurs sur leurs véhicules lorsqu'ils se trouvent sur le territoire de l'État partie requérant.

7. Les membres des équipes de secours et les experts ont le devoir, pendant leur séjour sur le territoire de l'État partie requérant, de se conformer à la législation de cet État.

Article 6. Mouvement de matériel et de fournitures de secours à travers la frontière de l'État partie requérant

1. Le matériel et les fournitures de secours importés sur le territoire de l'État partie requérant ou exportés de son territoire sont exonérés de droits de douane, de taxes et de redevances conformément à la législation de l'État partie requérant. Le dédouanement du matériel et des fournitures de secours apportés par l'équipe de secours doit être effectué en priorité. Si les fournitures de secours ont été entièrement utilisées, l'exonération des droits de douane, des taxes

et autres paiements relatifs à ces fournitures de secours est accordée conformément à la législation de l'État partie requérant.

2. À son arrivée sur le territoire de l'État partie requérant, le chef de l'équipe de secours n'est tenu de présenter aux autorités frontalières ou douanières de cet État qu'une liste, dans la langue officielle de l'État partie requérant ou en anglais, indiquant le matériel et les fournitures de secours importés.

3. Les membres de l'équipe de secours et les experts n'ont pas le droit d'importer des marchandises autres que des équipements et du matériel de secours. Les armes et les munitions ne peuvent pas être importées sur le territoire de l'État partie requérant.

4. Les chiens de recherche et de sauvetage peuvent être amenés de l'autre côté de la frontière de l'État et détenus sur le territoire de l'État partie requérant, sous réserve des règlements vétérinaires d'importation en vigueur sur le territoire de cet État.

5. Tout équipement, y compris les équipements inutilisés ou endommagés, doit être retiré du territoire de l'État partie requérant.

6. L'importation de médicaments narcotiques et psychotropes sur le territoire de l'État partie requérant et l'exportation de médicaments non utilisés à partir de celui-ci s'effectuent conformément à sa législation.

7. Les médicaments narcotiques et psychotropes ne peuvent être importés que dans le cadre de la fourniture d'une assistance médicale d'urgence et doivent être utilisés par du personnel médical qualifié de la Partie qui fournit l'assistance conformément aux procédures établies par la loi dans l'État partie requérant. Tout médicament narcotique ou psychotrope utilisé doit être inclus dans les statistiques des taux d'utilisation de la Partie qui fournit l'assistance.

Article 7. Utilisation d'aéronefs

1. Des aéronefs peuvent être utilisés pour fournir une assistance, comme convenu avec la Partie requérante. Les vols d'aéronefs au-dessus du territoire de l'État partie requérant sont effectués le long d'une route approuvée, avec des décollages et des atterrissages sur des aérodromes convenus. Dans des cas exceptionnels, les Parties autorisent également les décollages et les atterrissages d'aéronefs en dehors des aérodromes.

2. L'utilisation d'aéronefs dans le cadre de la fourniture de l'assistance est immédiatement signalée aux autorités compétentes pertinentes chargées d'organiser et de contrôler l'utilisation de l'espace aérien de l'État partie requérant et au point focal de la Partie requérante, tel que défini conformément au paragraphe 3 de l'article 3 du présent Accord, en référence au présent Accord.

3. Les vols sont effectués conformément aux règles de l'aviation civile internationale et aux lois des États parties dans le domaine de l'aviation civile.

4. L'utilisation d'aéronefs militaires n'est autorisée qu'avec la permission de l'État partie requérant.

Article 8. Coordination et contrôle général

1. La coordination et le contrôle général des opérations de sauvetage sont assurés par l'autorité compétente de la Partie requérante.

2. Les instructions émises par l'autorité compétente de la Partie requérante aux équipes de secours de la Partie qui fournit l'assistance concernant les opérations de sauvetage sont transmises par les chefs de ces équipes, qui déterminent la manière dont les travaux doivent être exécutés par les membres de l'équipe.

3. La Partie requérante assure la protection de l'équipe de secours et des experts contre les atteintes à leur personne, leur liberté ou leur dignité et leur apporte tout le soutien nécessaire à l'accomplissement de leurs tâches dans le cadre du présent Accord.

Article 9. Coûts associés à la fourniture de l'assistance

1. L'assistance est fournie gratuitement à la Partie requérante, sauf accord contraire entre les Parties. Les frais liés à l'utilisation, à la détérioration ou à la perte de matériel ne sont pas indemnisés.

2. La Partie qui fournit l'assistance procure aux membres de l'équipe de secours et aux experts une assurance-vie et une assurance-maladie, conformément à sa législation nationale.

3. Les membres des équipes de secours et les experts engagés dans la fourniture de l'assistance sur le territoire de l'État partie requérant bénéficient gratuitement de services d'interprétation, de moyens de transport, de premiers secours et de services médicaux d'urgence, selon les besoins.

Article 10. Indemnisation des dommages

1. Sauf si le dommage a été causé intentionnellement ou à la suite d'une négligence grave, chaque Partie renonce à toute réclamation qu'elle pourrait avoir contre l'autre Partie ou contre les membres des équipes de secours ou les experts pour l'indemnisation de :

a) dommages matériels causés à la Partie requérante par les membres des équipes de secours ou par les experts de la Partie qui fournit l'assistance pendant leur mission ;

b) dommages matériels causés à la Partie qui fournit l'assistance par les membres des équipes de secours ou par les experts de la Partie requérante pendant leur mission ;

c) l'atteinte à la santé d'un membre de l'équipe de secours ou d'un expert ou en cas de décès de ceux-ci dans le cadre de la mission.

2. Si un membre de l'équipe de secours ou un expert de la Partie qui fournit l'assistance cause un dommage à un tiers lors de l'exercice d'activités liées à la fourniture de l'assistance sur le territoire de l'État partie requérant, la Partie requérante indemnise les dommages résultant de ce préjudice conformément au droit interne applicable au cas des dommages causés par un membre de l'équipe de secours ou un expert.

3. La Partie requérante renonce à présenter une demande d'indemnisation rétroactive à l'État partie qui fournit l'assistance ou aux membres des équipes de secours ou aux experts. Si un membre de l'équipe de secours ou un expert de la Partie qui fournit l'assistance cause intentionnellement ou par négligence grave un dommage à un tiers, la Partie requérante a le droit de présenter une demande d'indemnisation des coûts correspondants à la Partie qui fournit l'assistance.

4. Les Parties coopèrent étroitement, conformément à leurs législations respectives, afin de faciliter l'exercice de leurs droits à indemnisation. En particulier, elles partagent toutes les

informations dont elles disposent concernant les cas où des dommages ont été causés de la manière décrite dans le présent article.

Article 11. Liaisons de télécommunications

Les autorités compétentes prennent conjointement les mesures nécessaires pour établir des liaisons de télécommunications, y compris des communications radio, entre ces autorités et les équipes de secours ou les experts.

Article 12. Autres formes de coopération

1. Les Parties s'engagent dans les formes suivantes de coopération visant à prévenir et à réduire les conséquences des catastrophes naturelles ou technologiques, conformément au droit interne de leurs États :

- a) la mise en commun des informations techniques ;
- b) les réunions d'experts ;
- c) la mise en œuvre de programmes de recherche et d'éducation ;
- d) l'organisation de formations et d'exercices spéciaux sur la fourniture d'assistance.

2. Les Parties s'informent mutuellement des risques de catastrophes et de leurs conséquences possibles qui peuvent affecter le territoire de l'autre État partie.

3. Les dispositions des articles 5 et 6 du présent Accord s'appliquent à la coopération dans le domaine de la formation et des exercices pratiques conjoints prévue au paragraphe 1 du présent article.

4. Les coûts de la coopération dans le domaine de la formation sont répartis comme suit :

- a) La Partie d'envoi prend en charge tous les frais d'hébergement et de transport de ses participants, y compris en cas de maladie ou de décès ;
- b) La Partie hôte prend en charge les frais de formation, de transport sur son territoire, de nourriture, de premiers soins et de soins médicaux d'urgence.

Article 13. Règlement des différends

Les différends relatifs à la mise en œuvre et à l'interprétation du présent Accord qui ne peuvent être résolus par des consultations et des négociations entre les autorités compétentes sont réglés par les Parties par la voie diplomatique.

Article 14. Rapports avec d'autres accords internationaux

Le présent Accord ne modifie en rien les droits et les obligations des Parties découlant d'autres traités internationaux auxquels elles sont parties.

Article 15. Dispositions finales

1. Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée.

2. Le présent Accord entre en vigueur le premier jour du troisième mois suivant la date de la réception, par la voie diplomatique, de la notification écrite de l'accomplissement par les Parties des formalités internes nécessaires à son entrée en vigueur.

3. Chacune des Parties peut dénoncer le présent Accord en adressant une notification écrite à l'autre Partie par la voie diplomatique. Dans ce cas, l'Accord cesse de produire ses effets six mois après réception de ladite notification.

4. Sauf accord contraire entre les Parties, la résiliation du présent Accord n'affecte pas les activités commencées en vertu de celui-ci mais non encore achevées à la date à laquelle il cesse de produire ses effets.

FAIT à Vienne le 24 juin 2014, en double exemplaire, en langues allemande et russe, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République d'Autriche :

JOHANNA MIKL-LEITNER

Pour le Gouvernement de la Fédération de Russie :

VLADIMIR PUCHKOV